



## Botschafter von Ungarn

An Herrn  
Dr. Rolf Mützenich  
Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin

Berlin, den 10. März 2020

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,

Erlauben Sie mir auf Ihre Bemerkung in Bezug auf Ungarn bei der Veranstaltung im Lichtspielhaus zu reflektieren, in der Hoffnung, dass Sie sich dem faktenbasierten und respektvollen Dialog nicht verschließen. Dies ist gerade auch umso wichtiger, weil fast parallel zu Ihrer Veranstaltung Ihre Parteigenossin, Maria Noichl MdEP in Wasserburg gem. der Berichterstattung einer lokalen Zeitung so weit gegangen ist, Ungarn als „zunehmend faschistisch regiertes“ Land zu bezeichnen.

Ich möchte auch nicht weiter auf diese, alles andere als der feinen europäischen Art entsprechende Anschuldigung eingehen, umso mehr auf Ihre Frage betreffend der Verbindung zwischen Solidarität und Kohäsionsgelder.

Wegen der Ereignisse an der griechisch-türkischen Grenze ist die europäische Grenzsicherung, die Flüchtlingsfrage und die Migrationspolitik erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Im Vergleich zu 2015 hat sich eine Sache geändert, eine andere aber nicht. Damals wurde Ungarn mit schweren Vorwürfen konfrontiert, weil es als zweite Verteidigungslinie die Außengrenzen der EU, und damit die Sicherheit der europäischen Bürger und das europäische Lebens- und Wirtschaftsmodell geschützt hat. Dies hat uns in den letzten Jahren annähernd Kosten i.H.v. 1,5 Milliarden EUR verursacht – ganz zu schweigen vom Reputationsschaden. Diesmal hat sich die EU – zu Recht – hinter Griechenland gestellt, das die erste Verteidigungslinie



## Botschafter von Ungarn

sichert, und zwar neben der politischen und moralischen Unterstützung auch mit einer Soforthilfe von 700 Millionen EUR.

Unter diesen Umständen halte ich es für äußerst bedenklich und ungerecht Ungarn weiterhin und systematisch wegen angeblich fehlender Solidarität anzugreifen und eine Sanktionierung aus der Richtung einer ganz anderen EU-Politik in Aussicht zu stellen. Es ist mir zwar nicht bekannt, dass jemand in der EU das alleinige Monopol der Definition von Solidarität und Humanität gepachtet hat, möchte Ihnen aber – auf den puren Fakten basierend – gerne unseren Denkansatz darstellen.

Ausgangspunkt der Solidarität ist die Selbstverantwortung. Wer seine Aufgaben erledigt, legt keine Last auf die Schultern der anderen, entlastet zugleich die Gemeinschaft zu der er gehört durch nachkommen seiner Verpflichtungen, und ist dadurch Vorreiter in Sachen Solidarität. Wo könnte heute die Europäische Union stehen, wenn bei der Sicherung der Außengrenzen oder gar bei der Einhaltung der Haushaltsregeln sich dieser ungarische Ansatz hätte durchsetzen können?

Ungarn plant und richtet seine Politik seit Jahren unter Berücksichtigung der Realität aus. Die Herausforderungen der Migration haben eindeutig ein Ausmaß erreicht, das verdeutlicht: diese können auf europäischem Boden nicht gelöst werden. Die Priorität des Schutzes der Außengrenzen erlangt endlich Anerkennung, auch wenn gegenüber Ungarn noch Raum für moralische und finanzielle Entschädigung bleibt. Die andere europäische Aufgabe ist es, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Auch diesbezüglich ist Ungarns Engagement, das der ungarischen Soldaten und Polizisten in den zahlreichen Konfliktzonen der Welt beispielhaft, und weit über dem Durchschnitt.

Nach angehen dieser beiden schwerwiegenden Aufgaben und der Übernahme der Verantwortung muss man selbstverständlich auch zu der Erkenntnis gelangen – und wir Ungarn haben diese erlangt – den Möglichkeiten entsprechend so vielen notbedürftigen Menschen zu helfen wie möglich. In der Anlage finden sie die Zusammenfassung („Hungary helps“), die neben den außerordentlichen Anstrengungen Ungarns bei der Grenzsicherung und Fluchtursachenbekämpfung einen auf Tatsachen beruhenden Überblick dahingehend bietet wie Ungarn, die ungarischen Bürger und Steuerzahler dazu beitragen das Leiden vieler Hilfsbedürftigen zu lindern. Fakt ist auch, dass dabei die Hilfeleistungen vor Ort, oder



## Botschafter von Ungarn

in Nähe der Krisengebiete absolute Priorität haben. Nicht die auf europäischem Boden unlösbaren Probleme müssen importiert werden, sondern die europäische Hilfe soll exportiert werden.

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender!

Ich hoffe die zugesandten Fakten belegen ausreichend Ungarns Solidarität und die geschulterten Lasten innerhalb des europäischen Engagements. Das ist unsere Pflicht, Dank oder Anerkennung erwarten wir dafür nicht. Das Leugnen der Fakten, und daraus resultierend auch das in Aussicht stellen von Reputations- und konkreten materiellen-finanziellen Sanktionen ist eine Anschuldigung, die eine Reaktion erfordert. Neben der Selbstachtung und der Achtung der Fakten, und nicht zuletzt auch wegen der Bewahrung der Einheit und für den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Zu dem konkreten Thema, aber auch zu anderen Fragen Ihres Interesses stehe ich Ihnen und den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und Ihren Experten immer und überall gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Péter Györkös

Beilage: Hungary Helps

